

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Gewerkschaftsamt Sühnen Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Vorbereitungen. — Die Frau im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart und Zukunft. — Aus den Gauen Mannheim und Straßburg. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes.

Vorbereitungen!

Gehr eifrig, aber nicht eingehend und gründlich, sondern recht oberflächlich beschäftigen sich die Unternehmer in ihrer Presse und in ihren Verbänden mit der Lohnfrage. Sie unterstellen einfach: die Löhne sind allgemein gewaltig gestiegen, so kräftig, daß darunter die Rentabilität der gewerblichen Unternehmen leidet und die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig sein kann, wenn die Lohnkosten nicht erheblich zurückgeschraubt werden! Diese Schlussfolgerung ist der ganzen Uebung Zweck, wenn die Wortmacher der Unternehmer sich mit der Lohnfrage beschäftigen. Zur Begründung ihrer Behauptung verweisen sie auf einige Gruppen von Arbeitern in der eigentlichen Kriegsindustrie, deren Löhne ausnahmsweise gut gestiegen sind, oder sie greifen gar einzelne Fälle heraus, wo Arbeiter unter besonderen Umständen ungewöhnliche Lohnerböhrungen erzielt haben, und dann wird verallgemeinert.

Mit derartiger Behandlung der Lohnverhältnisse wird die Deutlichkeit irreführt. Solche Wirkung will man auch erzielen, um für die weiteren, schon angedeuteten Pläne den Boden zu beackern. In unserer Nr. 29 vom 20. Juli 1917 haben wir bereits gezeigt, wie lächerlich gering die Lohnsteigerung bis Ende 1915 gewesen ist. Als Beweismaterial benutzten wir die amtlichen Ergebnisse der gewerblichen Unfall-Versicherungsgenossenschaften. Sie zeigen, daß im Durchschnitt ein Vollarbeiter im Jahre 1915 rund 1260 Mk. an Lohn erlangt hat oder nur 45 Mk. mehr als im Jahre 1913. Diese Sätze ergeben sich, wenn man alle versicherten Arbeiter und die von ihnen allen verdienten Jahreslöhne zusammensetzt. Nur so gewinnt man ein Bild von der allgemeinen Verchiebung der Lohnverhältnisse, das sich sozial werten läßt. Gewiß haben die Löhne mittlerweile eine wesentlich höhere Stufe erreicht. Jedoch gibt auch die weitere Steigerung nicht entfernt die Berechtigung zu der Meinung, die Löhne seien durchweg erheblich erhöht worden, oder die Lohnsteigerung habe mit dem Hinanschwellen der Warenpreise gleichen Schritt gehalten. Daß es nicht so ist, dafür einige neue Beweise.

Um jedem Zweifel zu begegnen, dahingehend, ob nicht wenigstens in der am günstigsten gestellten Industrie die Löhne allgemein um 100 oder gar noch mehr Prozent gestiegen seien, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ glauben machen möchte, verwenden wir auf die folgenden Angaben. Sie stützen sich auch wieder auf die Rechnungsergebnisse der Unfall-Versicherungsgenossenschaften und zwar für das Jahr 1916. Es sind 8 Berufs-genossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie herausgegriffen

worden, also jene Betriebe, in denen gewiß die höchsten Löhne erreicht werden und die Einkommen der Arbeiter am kräftigsten zugenommen haben. Es handelt sich um annähernd 1½ Millionen Versicherte. Auf jeden Vollarbeiter entfielen im Jahre 1913 1413 Mk. Lohn, im Jahre 1916 1747 Mk.; die Steigerung beträgt 24,3 Prozent. So sieht es in der am höchsten lohnenden Industrie aus.

Um nichts von den vorliegenden Materialien zu übergehen, sei auch noch auf eine vom kaiserlichen Statistischen Amt vorgenommene Lohnerhebung eingegangen. Als objektives Wertmaß kann sie nicht gelten. Sie hat nämlich aus verschiedenen Gewerkegruppen eine Anzahl von erwachsenen Arbeiterinnen und Arbeitern herausgegriffen. Man scheint aber auch noch weiter ausgewählt zu haben; die ermittelte Lohnhöhe läßt das vermuten. Der errechnete Tagesdurchschnittslohn männlicher Arbeiter betrug in der letzten Erhebungszeit (März—September 1917) 7,55 Mark. Mit diesem Satz vergleiche man den nach dem Gesamtdurchschnitt der höchstlohnenden Metallarbeiter festgestellten Jahreslohn; er ergibt einen Tagesverdienst von nur 5,83 Mark. Dieses Ergebnis erlaubt unbedenklich den Schluß, daß die Lohnerhebung des kaiserlichen Statistischen Amtes vorwiegend nur die bestentlohnenden Arbeiter in den verschiedenen Industriegruppen erfaßt habe. Und wie ist das Ergebnis? Von 1913 auf 1916 ist der Tagesverdienst der erwachsenen männlichen Arbeiter um ganze 16 Prozent, der der Arbeiterinnen um 54,1 Prozent gestiegen!

Angenommen nun, der Lohn der gesamten Arbeiterschaft sei im Durchschnitt um die angegebenen Sätze gestiegen, was ja bei weitem nicht zutrifft, was dann? Nun, dann bliebe die Lohnsteigerung immer noch sehr wesentlich hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück. Die Verteuerung macht mehr als das Doppelte der nur für eine dünne Oberschicht ermittelten Lohnerböhrungen aus! Wer nicht voreingenommen urteilt, sondern auf Grund der wirklichen Verhältnisse wertet, der muß zugeben, daß die Steigerung der nominellen Löhne mit der Verminderung der Kaufkraft des Geldes längst nicht gleichen Schritt gehalten hat. Es läßt sich nicht leugnen: Die soziale Lage der Arbeiterschaft hat sich während der Zeit des Krieges wesentlich verschlechtert!

Dies zunächst einwandfrei festgestellt zu haben, ist wichtig. Wie schon eingangs erwähnt, ist das Sinnen und Wollen der Unternehmer darauf eingestellt, die Löhne allgemein herabzudrücken, die Lohnkosten insgesamt zu ermäßigen. Das soll allerdings in der Hauptsache nach Beendigung des Krieges erfolgen. Dann hält man die Zeit für solche „Reorientierung“ am günstigsten, weil dann ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden sein wird. Daß man so spekuliert, das verrät uns die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“. Sie sagt rund heraus, die meisten Arbeiter würden froh sein, das Schicksalgrabenleben wieder mit geordneten Verhältnissen vertauschen zu können und dabei gern eine „Reorientierung“ in Kauf nehmen!

Mit diesem Neuen hat es keine besondere Bewandnis. Das vielbesprochene Taylorsystem soll ganz planmäßig eingeführt werden; also eine weitere, man könnte sagen, minutiöse Arbeitsteilung und -kontrolle und massenhaften Ersatz von Arbeiterhänden durch Maschinen. Facharbeiter sollen durch ungelernete männliche und weibliche Arbeitskräfte ersetzt werden. Dann kann die Lohndrückerei nach Herzenslust beginnen.

Aber auch darin will man Plan haben, seine Berechnung! Eine Oberschicht der Arbeiter soll gut entlohnt werden! Warum? Weil man hofft, auf solche Weise alle Arbeiter in Unterwürfigkeit und Willenlosigkeit zu zwingen. In der großen Masse hat man stets genügend Leute zur Verfügung, die in die begünstigte Lohnschicht aufrücken könnten — und möchten! Um die Anwartschaft auf den möglichen Aufstieg nicht einzubüßen, werden alle zur unteren Lohngruppe gehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen bestrebt sein, sich durch Wohlverhalten die Gerechtigkeit des Unternehmers zu sichern. Man darf sich weder gegen Lohndruck noch gegen sonstige Zumutungen wehren. In der gleichen Lage sind aber auch die auf der oberen Lohnstufe Stehenden. Sie wissen: wir können jeden Tag durch andere, die nur auf diese Gelegenheit warten, ersetzt werden und genötigt sein, in die tiefer stehende Gruppe hinabzusteigen, wenn wir uns das Mißfallen der Werkleitung zuziehen! So hat das Kapital die Arbeiterschaft in der Gewalt: die eine Gruppe spielt er gegen die andere aus; er läßt die von ihm gestalteten Verhältnisse wirken.

In dieser Entwicklung liegt unstrittig eine Gefahr für die gesamte Arbeiterschaft. Ob man sich zurzeit tariflich gebundener Arbeitsverhältnisse erfreut oder nicht, das kommt dabei gar nicht in Frage. Versteht die Arbeiterschaft nicht, den Gefahren zu begegnen, dann muß sie die Folgen tragen, unweigerlich! Von oben nach unten soll das ganze Lohnniveau tieferge-

legt werden. Bei den am stärksten hinaufgeklüfterten Löhnen fängt man an, drückt dann immer weiter, erfährt so schließlich jede Gruppe, alle Berufe. Auf diese Weise hofft das Kapital die Kostendeckung für die Kriegsschulden, wie sie später in Steuerforderungen an die Industrie und das Gewerbe herantreten, der Arbeiterschaft in der Hauptsache aufzubürden. Was das Kapital und der Besitz ausbringen soll, wird schon vorweg vom Lohne abgeknapp't. An ein fühlbares Sinken der Preise für Lebensmittel ist jedoch auf absehbare Zeit nicht zu denken. Fände das Kapital bei seinen Plänen und Bestrebungen keine erfolgreiche Gegenwehr, dann stünde es sehr traurig um die Arbeiter, viel trauriger, als ohnehin infolge der Kriegslasten gegeben ist.

Was aber soll geschehen, um den dräuenden Gefahren möglichst erfolgsversprechend entgegenzutreten zu können? Die Antwort auf diese Frage liegt sehr nahe! Jeder denkende Arbeiter hat sie im Bewußtsein. Ganz selbstverständlich muß das Solidaritätsgefühl so gestärkt und gepflegt werden, daß nicht kleinlicher und irreleitender Egoismus es vernichten kann, daß nicht einzelne, um an besser bezahlte Arbeitsplätze zu gelangen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen. Solidarität! Aus der Erkenntnis der Zweckmäßigkeit im Interesse und zum Vorteil aller! Damit der Solidarität weiter eine wirkliche Macht erwächst, eine Macht, die dem aus dem Solidaritätsbewußtsein geborenen Willen zum Erfolg verhilft, muß auch die Organisation gestärkt und gekräftigt werden.

Die „Arbeitgeberzeitung“ reklamiert alle Unternehmer für die Arbeitgeberverbände. Viel nötiger ist es für uns, alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufzufordern, durch Anschluß an ihre Berufsorganisationen mitzuarbeiten an den Vorbereitungen zu den unvermeidlichen schweren Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, damit nicht das Kapital die Arbeiterschaft völlig niedergewingt zum Schaden der Gesamtheit!

Die Frau im wirtschaftlichen Leben der Gegenwart und Zukunft.

In einer Generalversammlung der Berliner Filiale unseres Verbandes hielt die Genossin Juchacz am 8. September 1917 einen bemerkenswerten und lehrreichen Vortrag über dieses Thema. Wir haben in einer Reihe von Aufsätzen bereits zu diesem hochwichtigen Problem Stellung genommen in der „Gewerkschaft“. Mit dem nachfolgenden Auszuge aus dem Vortrag sehen wir die Reihe dieser beachtenswerten Veröffentlichungen fort. Die Redaktion.

Es gibt wohl kein Thema, das nächst der Friedensfrage von so großer Wichtigkeit ist als die Frage über die Erwerbsarbeit der Frau in Gegenwart und Zukunft. Wohin wir blicken, sehen wir jetzt die erwerbstätige Frau. Diese Tatsache kann von niemand mehr bestritten werden. Es gab auch im Frieden mehr wie neun Millionen Frauen, die ganz oder teilweise ihren Lebenserwerb selber bestritten. Während des Krieges ist das aber viel stärker hervorgetreten, wenigstens wir bislang kein einwandfreies und zusammenfassendes Ziffernmateriale über die heutige Frauenerwerbsarbeit besitzen. Immerhin mögen aus den nachfolgenden Einzelstatistiken einige Zahlen genannt werden, die Beachtung verdienen:

In 5600 Krankenkassen waren am 1. Juli 1914 versichert:
 6 880 880 Männer, 3 663 137 Frauen,
 am 1. Juli 1915: 7 664 222 Männer, 3 494 500 Frauen,
 am 1. Juli 1916: 4 200 126 Männer, 3 827 640 Frauen.
 Aus diesen Parallelziffern ist schon ersichtlich, wie die Frauenerwerbsarbeit im Anwachsen begriffen ist, wenigstens auch hier nur ein Teilbild vorliegt.
 Eine andere Uebersicht ist die Zusammenstellung aus Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen.
 Danach waren am 1. Mai 1915 tätig:
 5 319 515 Männer, 3 027 714 Frauen,
 am 1. Mai 1917: 3 308 820 Männer, 3 701 150 Frauen.
 Endlich noch ein anderes Beispiel für die wachsende Frauenerwerbsarbeit aus Berlin:
 1914: 577 105 Männer, 440 624 Frauen,
 1917: 357 562 Männer, 603 218 Frauen.

Dabei ist zu bedenken, daß aus der Spinnstoffverarbeitungs- und Bekleidungsindustrie eine große Abwanderung stattgefunden hat wegen Mangels an Rohstoffen. Alle diese Tausende von Frauen sind entweder in die Kriegsindustrie oder in Handel und Verkehr übergegangen. Besonders ist natürlich ein riesiger Zuwachs der Frauenerwerbsarbeit in der Metall- und Kriegsindustrie erfolgt. Das Verkehrswesen, auch das staatliche und das städtische, hat einen ungeheuren Bedarf an weiblichen Arbeitskräften. Selbst der Bedarf des Heeres kommt neuerlich stark in Frage. Wir finden die Frau direkt beim aktiven Meer: im Bureau, in der Küche, in den Magazinen usw. Im Holzwerbe stehen Frauen an der Hobel- und Drehbank, sie sind tätig an Holzbearbeitungsmaschinen usw., oft leisten sie Schwerarbeit, die früher ausschließlich nur den Männern zugeordnet worden ist; überall haben die Frauen eingegriffen müssen. Bemerkenswert ist aber besonders, daß in einem Bericht des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau mitgeteilt wird, es wurden weibliche Lehrlinge im Kupferdruck, in der Optik, in der Modellzeichnung, als Schreiner und als Tapezierer ausgebildet. Aber es ist nicht nur ein Bedarf da, sondern die jungen Mädchen drängen sich vielfach nach diesen neuen Lehrstellen, wie uns auch die Zentralstelle für Berufsberatung in Frankfurt am Main berichtet.

Das alles hat nun seine ganz bestimmten wirtschaftlichen Ursachen. Das Bedürfnis der Frau nach Verdienste, die Vereinfachung des Haushaltes usw. bringen es von selber mit sich, daß die Frau hinausgehen muß in die Industrie und sich ihr Brot dort sucht. Daraus gilt es für die Arbeiterschaft, die Konsequenzen zu ziehen. Für die volkswirtschaftliche Entwicklung der Zukunft besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die Frauenerwerbsarbeit auch später eine sehr große Rolle spielen wird. Der Verlust an männlichen Arbeitskräften durch den Krieg muß irgendwie ausgeglichen werden. Die Millionen vom Armegeheimen oder vermindert Erwerbstätiger werden dem wirtschaftlichen Leben fehlen. Viel hängt aber ab von der Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens und von unserer zukünftigen Ein- und Ausfuhr nach dem Armegeheimen. Damit im Zusammenhang steht auch die Frage, ob das Volk kaufkräftig ist. Davon hängt die weitere Ausdehnung der

Frauenarbeit wesentlich ab. Jedenfalls bleibt für einen großen Teil der Frauen die Notwendigkeit, verdienen zu müssen, bestehen, und es wäre ein großes Unglück, wenn dieses Bedürfnis nicht befriedigt werden könnte. Viel Witwen und Unverheiratete wird es geben, die nach dem Kriege sich wirtschaftlich selbst erhalten müssen. Sehr viel Frauen, die bislang einen Ernährer hatten, werden gezwungen sein, sich nach einem Erwerb umzusehen. Wir müssen also auf einen ganz bestimmten Prozentsatz der erwerbstätigen Frauen auch für die Zukunft rechnen.

Denkt man über all diese unberechenbaren Tatsachen nach, dann muß sich jeder sagen, daß diese Veränderungen in der Lebensweise der Frau nicht ohne Einfluß bleiben können auf ihre geistige Entwicklung und Charakterbildung. Das Leben der Frau von heute bewegt sich in ganz anderen Bahnen als vor dem Kriege. Die Frau hat im allgemeinen nicht so selbständig über das wirtschaftliche Einkommen verfügen können, wie es jetzt z. B. die erwerbende Frau und die Kriegerfrau tun kann. Wenn sie noch so klug zu disponieren glaupte, konnte der Mann oft einen Strich durch die Rechnung machen. Selbständigkeit gibt Sicherheit und Selbstbewußtsein. Bei einem großen Teil der Frauen war dieser Zug schon vor Ausbruch des Krieges entwickelt. Schon zu Beginn des Krieges kamen die Frauen der Arbeiter zu unseren Auskunftsstellen. Sie wollten nicht Almosen haben, nicht Unterstützung, sondern Mat, wo sie ihre Kinder unterbringen könnten, in welcher Industrie sie arbeiten könnten usw. Ganz so unselbständig, wie es vielfach angenommen wurde, standen die Frauen jedenfalls den neuen Geschehnissen nicht gegenüber.

Daß wir uns gegen diese Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit nicht stemmen können, selbst wenn man sie nicht schön findet, steht fest. Es sind auch Beispiele vorhanden, die ein erfreuliches Anwachsen des weiblichen Selbstbewußtseins und der Solidarität aufweisen. Als z. B. die Straßenbahnerinnen in Wien sich nicht anders helfen konnten infolge ihrer niedrigen Löhne, legten von 1900 über 1000 die Arbeit nieder und erreichten auf diesem Wege wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Ebenso pflanzte sich die Bewegung, wenn auch auf friedlichem Wege, bei den Postauslieferungsrinnen fort. Bei den Schaffnerinnen der Großen Berliner Straßenbahn sind mehrere erfolgreiche Bewegungen zu verzeichnen. In den Fabriken sieht es ähnlich aus. Gewiß kann diese Entwicklung heute noch nicht mit dem Klassenbewußtsein der Männer verglichen werden; aber man kann sehen, daß dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse die gleichen geistigen Anschauungen mit sich bringen. Die Menschen denken sich hinein und wachsen hinein in die neuen Verhältnisse.

Die Frau ist ein anderer Mensch als der Mann. Sie ist nicht bloß Arbeiterin, sie ist zu gleicher Zeit auch Mutter, dazu soll sie ihre Hausfrauenpflichten erfüllen. Die Gegenwart verlangt also von der Frau nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch noch die Pflichten der Hausfrau und Mutter. Wir stehen damit vor einem Problem, das erst in der Zukunft voll gelöst werden kann; daran zu arbeiten, müssen wir aber alle bestrebt sein.

Unsere Sozialgesetzgebung hat auch vor dem Kriege schon das Bestreben gezeigt, besonderen Bedürfnissen der Frauen gerecht zu werden. Dafür haben Partei und Gewerkschaft nach Möglichkeit gesorgt. Wenn auch nicht alles erreicht werden konnte, was wir gefordert haben. Die Schutzgesetze, die die Arbeiterinnen berücksichtigen, sind leider während des Krieges aufgehoben. Es konnte zwar den herrschenden Klassen nachgewiesen werden, daß die lange Arbeitszeit bei den Frauen noch viel schwerere Folgen hat wie beim Mann, aber heute werden die Frauen nicht geschont, niemand hat Respekt vor ihrer Mutterschaft und vor ihrem Weibsein, die Frau wird ausgenutzt, soweit es nur irgend geht. Von unseren Vertretern im Reichstag ist dafür gekämpft worden, daß die Frauen-Schutzgesetze wieder in Kraft treten, es hat aber nichts genutzt, der Krieg schlägt alles nieder.

Nun müssen wir überlegen: Wie können wir die Verhältnisse gestalten, daß die Gesundheitschäden nicht zu sehr ins Kraut wachsen? Um den Arbeitsvertrag der Frauen zu steigern, sind zwar schon zahlreiche Hilfsanstalten geschaffen, z. B. „Der nationale Ausschuss für Frauenarbeit im Kriegsereignis“, ferner „Die Frauenzentrale“; letztere ist dem Kriegsamt angegliedert. Fräulein Dr. Elisabeth Lüders steht ihr vor. Diese Abteilung soll dafür arbeiten, daß alle Arbeitshindernisse nach Möglichkeit ausgemerzt werden.

Wir treten für Frauen- und Mutterschutz ein um des Menschen willen, die Unternehmer aber sagen: „Die Arbeitssumme, der Arbeitsvertrag soll nach Möglichkeit vergrößert werden.“ Darum und aus „nationalen“ Gründen wollen jene etwas Hand anlegen, um die größten Schäden zu beseitigen. Auch in den einzelnen Armeen-

korps sind Frauenerferate eingerichtet, die dafür sorgen, daß Kinderhorte, Stricken, Speiseanstalten usw. geschaffen werden, damit die Frau in Ruhe ihrem Verdienst nachgehen kann und eine volle Ausnutzung ihrer Arbeitskraft gewährleistet ist. In jeder Stadt ist eine Fürsorgevermittlungsstelle geschaffen, die den Frauenmeldestellen angegliedert sind. Dort sind angestellte Frauen und freie Hilfskräfte auch aus unseren Kreisen tätig, um für die arbeitenden Frauen zu wirken.

Diese Fürsorgestellen sind für die Zukunft von äußerster Wichtigkeit!

Weil diese Einrichtungen bestehen bleiben müssen, ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft und besonders die Frauen diesen Einrichtungen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Frauen der Arbeiter müssen sich dieser Einrichtungen allmählich bemächtigen und sie in unserem Sinne ausbauen.

Es sind auch in letzter Zeit Fabrikpflegerinnen angestellt worden. Leider sind nicht genügend Frauen der Arbeiterklasse hinzugezogen. Vielleicht sind wir selber nicht genügend auf dem Posten gewesen. Auf der anderen Seite ist die Tendenz dieser Einrichtungen nicht so gesund, wie wir sie gern haben möchten. Es ist z. B. den Fabrikpflegerinnen nicht die völlige Unabhängigkeit vom Unternehmer garantiert. Das ist aber der Grundpfeiler des Vertrauens für die Arbeiterinnen. Von oben herab wird also die Frauenerwerbsarbeit hoch eingeschätzt in ihren Folgen für das Volkswirtschaftsleben.

Ebenso wichtig ist sie auch für uns. Wir können daher nicht auf dem Standpunkt beharren, daß die Frau in der Öffentlichkeit nichts zu tun und zu sagen hätte. Sie ist hineingezerrt worden in die Öffentlichkeit und muß nun auch in den Parlamenten und im ganzen öffentlichen Leben mitbestimmendes Recht haben. Das ist die ganz notwendige Folge der Stellung, die die Frau heute in unserem Wirtschaftsleben einnimmt.

Die Frau spielt aber auch eine große Rolle als Konsumentin und Verwalterin des Einkommens. Diese Frage ist infolge der ungeheuerlichen Preisgestaltung und des Mangels zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Bis vor dem Kriege hat man es abgesehen, in die Dinge des Handels und Konsums einzugreifen, trotz wirtschaftlicher Krisen und der Not, die sie im Gefolge hatten. Auch heute ist es zum Teil noch so, daß alle kapitalistischen Kräfte ihre Vorteile wahrnehmen, und die Behörden lassen es gehen. Aber um einer Katastrophe vorzubeugen, hat man sich doch zu verschiedenen Einrichtungen bequemen müssen. So ist unter anderem das Reichs-Ernährungsamt geschaffen. Auf dem Papier sehen dessen Verordnungen meist ganz gut aus, wenn es auch in Wirklichkeit nicht recht klappen will. Jedenfalls ist die Frage der Konsumtion eine öffentliche Angelegenheit geworden und damit ein Arbeitsgebiet der modernen Arbeiterschaft und der Frau von heute! Wenn es sich auch nach dem Kriege in manchen Dingen wieder etwas ändern wird, so wird die Frau doch nicht mehr beiseite geschoben werden können. Diese Entwicklung kann niemand aufhalten. Da müssen die Gewerkschaften sich ebenfalls drauf einstellen, die Frauen müssen bei allen Fragen mit herangezogen werden. Hier gibt es viel Meuland.

Es ist freilich nicht so einfach, die Frauen den Organisationen anzuführen, neue Wege müssen gesucht werden. Wir müssen auch etwas zu tun, um den Frauen entgegenzukommen; denn wir dürfen nicht verkennen, daß die Frau mit wesentlich anderen Eigenschaften wie der Mann ausgestattet ist. Ja, durch die Mitarbeit der Frauen in den Gewerkschaften, im Gewerbe und in der Öffentlichkeit kann eine bisher klaffende Lücke ausgefüllt werden.

Das wird zu einer Gesundung des öffentlichen Lebens wesentlich beitragen, wenn wir der Anlage und den besonderen Eigenschaften der Frau entgegenkommen. Die Frau hat Kulturaufgaben zu erfüllen, für die nicht jeder Mann genügend Verständnis hat. Wir dürfen fest überzeugt sein, daß die Arbeiterschaft dieses Meuland wird zu beackern verstehen im Interesse der Gesamtheit.

Aus den Gauen Mannheim und Straßburg.

Ueber die Lohnbewegungen in den beiden Gauen berichtet nachstehendes Kollege Pürker, Straßburg, der zurzeit diese Gebiete bearbeitet:

In Schiltigheim bei Straßburg wurde eine Erhöhung des Lohntarifs um durchschnittlich 1 Mk. pro Tag beantragt; in Straßburg selbst eine solche von 1,10-1,60 Mk. täglich je nach der Lohnklasse. Gleichzeitig soll der Straßburger Tarif an Stelle von 12 Grundlohnklassen, die er jetzt hat, in Zukunft nur noch vier haben; die Dienstalterszulagen sollen jährlche werden an Stelle

der gegenwärtigen dreijährigen. Die Anträge scheinen auf den ersten Blick etwas hoch zu sein, sind es aber nicht, da der Tarif seit 1. November 1911 besteht, die Stadt Straßburg also dadurch, daß 1915 keine Tarifierneuerung eintrat, wie zwischen Stadt und unserm Verband vereinbart war, trotz der gewährten Teuerungszulagen eher Ersparnisse wie Mehrausgaben an den Arbeiterlöhnen hatte. An den Dienstalterszulagen ist seit dem Inkrafttreten des städtischen Lohn tariffs überhaupt, also seit 1905, keine Veränderung vorgenommen worden, so daß die Beseitigung der vorstuflichen dreijährigen Zulagen gewiß nicht zuviel verlangt ist.

In Landau, Lahr, Ettlingen und Durlach sind Tarifierhöhungen von durchschnittlich 1-120 Mk. beantragt. Kögen die Kollegen dort gut zusammenhalten und die fehlenden noch dem Verband zuführen, damit sie ihre Forderungen restlos durchsetzen. Nötig ist es, denn mit Löhnen von 2,90 Mk., 3,20 bis 3,95 Mk., wie sie in Ettlingen und Landau, oder 30 bis 35 Pf. Stundenlohn, wie sie in Lahr bezahlt werden, läßt sich gegenwärtig kaum mehr begliedern, geschweige denn leben.

Die Filiale Freiburg i. Br. beantragte ebenfalls eine Erhöhung des seit 1912 nicht mehr veränderten Lohn tariffs um 1,10 bis 1,60 Mk., ebenfalls eine Erhöhung der jährlichen Dienstalterszulagen von 10 auf 15 Pf. und weiter den Wegfall der VI. Lohnklasse, die mit sage und schreibe 3,40 Mk. beginnt und bis 4,30 Mk. steigt, weil diese Lohnklasse absolut nicht mehr in die heutige Zeit paßt.

In allen diesen Städten soll die bisherige Dienstzeit nach den neu beantragten Dienstalterszulagen angerechnet und auch die Familien der Eingetragten in die Erhöhung des Tarifs einbezogen, d. h. deren Bezüge nach dem beantragten Tarif berechnet werden.

Die Anerkennung unserer Organisation scheint sich nunmehr so langsam auch an den Orten im Gau durchzusetzen, wo dies bisher noch nicht der Fall war. Allerdings geschieht diese Anerkennung auch jetzt noch zum Teil nur gezwungen und widerwillig. Die Gaudirektion Colmar (Herr Direktor Jöhner) hat auf erhobene Beschwerden wegen falscher Berechnung der Bezüge eines eingetragenen Kollegen mit einem ausführlichen Schreiben geantwortet. Sie weist zwar die Beschwerde als unzutreffend zurück, scheint auch ihren Ausführungen nach im Recht zu sein; immerhin ist aber daraus, daß sie in Verhandlungen eintritt, zu schließen, daß sie ihren bisher so hartnäckig behaupteten Standpunkt, mit der Organisation nicht zu verkehren, nunmehr aufgibt, eine Wendung, die nur beiden Teilen zum Vorteil gereichen kann.

In Darmstadt hat sich die Direktion der „Deag“ bisher auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht mit dem Verband verhandelt, sondern nur ihren Arbeiter- und Angeheulenausschuss anerkennt. Als Privatperson wollte Herr Direktor Köller zwar den Gauleiter empfangen, beiläufig aber nicht als Gauleiter. Als Privatperson zum Herrn Direktor zu gehen, dazu aber hatte der Gauleiter keine Veranlassung, und als nun in der Versammlung vom 13. August der Arbeiterausschuss der „Deag“ keine Antwort niederkam und dadurch direkte Verhandlungen sich als notwendig erwiesen, wurde Herr Oberbürgermeister Dr. Gläting von Darmstadt als Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Deag“ angerufen, der denn auch in bereitwilligster Weise Vermittlung und eine Unterredung mit dem Herrn Direktor herbeiführte. Zwar wollte der Herr Direktor auch dieser noch ausweichen, aber schließlich veranlaßte der Oberbürgermeister bündig sein Erscheinen und so mußte er sich eben dorein schicken. Drei Stunden beinahe dauerten die Verhandlungen, brachten jedoch in materieller Beziehung kein Resultat. Das ständige Personal der „Deag“ hat die Teuerungszulagen wie bei der Stadt erhalten, was für die Gesellschaft eine Mehrausgabe von etwa 44.300 Mk. jährlich bedeutet. Sie beträgt für Ledige nunmehr 12,50 Mk., für Verheiratete 17 Mk., für jedes Kind 5 Mk. monatlich neben der Familienzulage von 4,50 Mk. für Ledige, 6 Mk. für Verheiratete und 1,50 Mk. für jedes Kind. Die Gesamtzulagen betragen demnach jetzt für Ledige bei der Stadt Darmstadt monatlich 17 Mk., für Verheiratete 22,96 Mk., für jedes Kind 6,50 Mk. Bei der „Deag“ dagegen für Ledige 12,50 Mk., für Verheiratete 23 Mk., für jedes Kind 6,50 Mk. Ausgeschlossen wurden dagegen bei der „Deag“ die vorübergehenden, d. h. während des Krieges eingestellten Arbeiter und Arbeiterinnen. Angeblich sollten dieselben, wie der Herr Direktor Köller bei der Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister und dem Gauleiter mitteilte, auf unsere Forderung vom 10. Mai um 8 Pf. Lohnsteigerung pro Stunde am 1. Juni durchweg 4 Pf. pro Stunde aufgebessert erhalten werden. Nachträgliche Erkundigungen bei den Arbeitern ergaben aber, daß nicht um 4 Pf., sondern um 2 und 3 Pf. aufgebessert worden war. Wenn der Direktor in solchen Unterredungen derartige

Angaben macht, so zeigt sich die Maßnahme, mit dem Herrn unter seinen Umständen allein zu verhandeln, als vollauf gerechtfertigt. Zugespitzt hat nun der Direktor weiter, daß die Löhne der Untertägigen nochmals geprüft und Aufbesserungen vorgenommen werden sollen. Zu bestimmten Verabredungen aber ließ er sich nicht herbei.

Die im Jahrdienst angestellten Frauen der „Deag“, also Führerinnen und Schaffnerinnen haben, da ihnen die Lohnbewegung nicht schnell genug ging, von sich aus einen Antrag auf 1 Mk. Tagelohn gestellt und als derselbe abgelehnt wurde, reichten 23 ihre Kündigung ein. Leider blieben sie nicht bei diesem Schritt, obwohl sie anderwärts mindestens die gleiche, eher aber bessere Bezahlung erhalten hätten. Die Direktion ließ sie vielmehr einzeln rufen, schickte ihnen auch Leute ins Haus und so fielen sie wieder um und zogen unterschreitlich ihre Kündigung zurück. Bei diesem weislichen Personal tritt mit dem 1. September eine Aufbesserung von 2 Pf. in Kraft, weitere Erhöhungen sollen „nach Prüfung“ erfolgen. Wann wird das Personal der „Deag“ so zusammengeschweigt sein, daß es sich solche „Prüfungen“, d. h. Ausfragen von Günstlingen, verbitten kann? Zurzeit beträgt der Lohn der Führerinnen 36 bis 42 Pf., der Schaffnerinnen 33 bis 35 Pf. pro Stunde. Zeit sie organisiert sind, hat sich der Lohn um etwa 8 Pf. pro Stunde gehoben.

In Weidberg hat der Stadtrat jetzt die Gewährung einer einmaligen Zulage zur Vorkostung der Herbstausgaben beschlossen. Es sollen Ledige 40 Mk., Verheiratete 70 bis 100 Mk. erhalten. Das ist die dritte einmalige Zulage, die gewünscht wird. Da aber die Löhne in Weidberg sehr niedrig sind, werden demnächst von unserer Filiale Anträge auf Erhöhung des Lohnes eingereicht werden.

In Straßburg hatte der Gauleiter eine Unterredung mit dem scheidenden Bürgermeister, Herrn Dr. Schwander, wegen weiterer Anerkennung der Organisation, dahingehend, daß die eingereichten Lohnanträge in Form eines Tarifs mit unserer Straßburger Filiale beschlossen werden sollen. Dies wurde bereits 1911 mit dem Leiter zu früh verstorbenen, im Felde gefallenen Beigeordneten Dr. Leoni für die nächste Tarifregelung vereinbart. Herr Dr. Schwander erkannte auch die Zweckmäßigkeit eines Tarifabschlusses vollkommen an und sagte ohne weiteres zu, dem die Lohnfrage bearbeitenden Beigeordneten sowie den die Geschäfte einweisenden führenden Personen den Abschluß eines solchen Tarifs empfehlen zu wollen. Zu hoffen ist, daß auch der Gemeinderat von Straßburg dieser modernen Auffassung beiträgt.

In den heilischen Kreisen, Herren- und Heilanthalten erhält das Personal nach sechsjähriger Dienstzeit eine Prämie; das sind bei männlichen Personen circa 1000 Mk. Die Summe ist nichts anderes als ein Teil des Lohnes, der eben stau laufend in einer Summe ausbezahlt wird, um, merkwürdig genug, das Personal auf der einen Seite zum Verleiden in den Dienst während der sechs Jahre zu halten, um sie aber eben so sicher nach sechs Jahren abzustreifen. Die maßgebenden Leute in diesen sind nämlich der Meinung, daß es zwar notwendig ist, ein gleichmäßiges Personal zu haben, aber nach sechs Jahren seien denn die Verhältnisse so, daß es besser ist, wenn das Personal wechselt. Also gibt man ihnen die Prämie nach sechs Jahren, dann werden sie schon gehen, was auch zumeist zutrifft. In diesem Jahr verlangt nun die Anstaltsdirektion in Alzen, daß das Personal, das neuer die Prämie zu erhalten hat, alle Krankheitszeiten, die in den sechs Jahren vier Wochen überschritten haben, nach dem, wodurch natürlich die Auszahlung der Prämie hinausgezögert wird. Man möchte eben dieses Jahr die Leute über die sechs Jahre hinaus halten; solche Zeiten sind nun auch gekommen. Da nun nicht bekannt ist, ob die Direktion ihr Vorgehen auf Maßnahmen der Landesregierung stützen kann, oder ob das Ganze eine willkürliche Maßnahme ihrerseits ist, so hat sich der Gauleiter auslaufend an das Ministerium des Innern in Darmstadt gewandt. Dabei wird sich ja dann ergeben, ob die Maßnahme zulässig ist oder ob es das Ministerium auch jetzt noch unter seiner Würde hält, mit einer Arbeiterorganisation in Verbindung zu treten. Bisher haben sich nämlich die heilischen Bedden jeweils sehr reserviert verhalten; vielleicht zwingt der Krieg auch darin eine Änderung.

In Darmstadt haben sich nunmehr auch eine Anzahl Arbeiter des Großherzoglichen Hoftheaters dem Verband angeschlossen. Das Nebenbesoldeten Dienst und Vorkostung sowie die niederen Löhne haben sie dazu veranlaßt. So werden demnächst Lohnanträge für diese im allerhöchsten Dienst stehenden armen Teufel eingereicht werden müssen, für die sich dann vielleicht der Landtag interessiert, damit das Prestige des Hoftheaters und Arbeiterlöhne in bessere Harmonie kommen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftswesen.

Die Rückvergütung der Konsumvereine und die rationierten Waren. Es hat vielfach den Unwillen der Händler erregt, daß die Konsumvereine Rückvergütung auch auf die von den Gemeinden gelieferten Waren an ihre Mitglieder gewähren. Nach gelegentlichen Äußerungen aus jenen Kreisen war anzunehmen, daß sie versuchen würden, irgend etwas gegen das Verfahren der Konsumvereine zu unternehmen. Es scheint, als sollten sie damit hier und da Erfolg haben. So wird aus Luckenwalde gemeldet, daß die dortige Preisprüfungsstelle die Absicht hege, dem Konsumverein „Vorwärts“ zu unterlagen, für die von der Stadt gelieferten Waren Rückvergütung zu gewähren. Falls der Magistrat sich einem solchen Verbot anschließen, der Verein sich aber weigerte, der Anordnung Folge zu leisten, würde vermutlich die Belieferung des Vereins mit Waren durch die Stadt eingestellt werden. Durch die Anordnung, auf bestimmte Waren keine Rückvergütungsmarken abzugeben, wurde das gesamte Kontrollsystem des Vereins erheblich erschüttert, jegliche Möglichkeit verloren gehen und der Verein vor schwierige Rechnungswahlverhältnisse gestellt werden. Es würde aber auch ein Eingriff in die rechtlichen Beziehungen des Vereins zu seinen Mitgliedern erfolgen, dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind. Durch Statut und den Mitgliedern 6 Proz. Rabatt gewährt. Sie haben auf diese 6 Proz. einen klagbaren Anspruch, den nach Lage der Verhältnisse keine Preisprüfungsstelle und kein Magistrat hinwegdrehen kann. Die formelle Grundlage dieses Rechtsanspruchs sind urkundlicher Nachweis über die Rückvergütungsmarken, ohne die den Mitgliedern jede Möglichkeit fehlt, ihre Forderung gegen den Verein geltend zu machen. Das Statut hat die Billigung des Magistrats erhalten, kann also nicht von irgendeiner juristischen Körperschaft außer Kraft gesetzt werden. Zu diesen geschäftlichen Bedenken kommt die Tatsache, daß die Kriegsgesetzgebung nirgends den Gemeinden das Recht verliehen hat, die Rückvergütung zu verbieten. Wir sind gespannt darauf, zu erfahren, auf Grund welcher Bestimmung die Luckenwalder Preisprüfungsstelle sich dieses Rechts annimmt. Bisher hat widerspruchlos in allen Belästigungen die Auffassung gegolten, daß die Genossenschaften einmütig billigen, daß die Höchstpreise keineswegs zugleich Mindestpreise seien, und daß es durchaus zulässig, ja wünschenswert sei, wenn unter dem Höchstpreise Waren abgegeben würden. Wir halten eine Anordnung, die verhindern würde, bei der Warenabgabe unter die festgesetzten Höchstpreise zu gehen, einfach für gefehlvoll. Vor allem aber wäre eine solche Anordnung unsozial im höchsten Grade. Die Gewährung einer Rückvergütung auch auf die durch Vermittlung der Stadt zur Verteilung gelangenden Waren, also die Verteilung dieser Waren, liegt nicht nur im Interesse der Vereinsmitglieder, sondern auch im allgemeinen vaterländischen. Es ist einfache Pflicht jeder Behörde, alles, was in ihren Kräften steht, anzubahnen, um durch möglichst niedrige Preise den minderbemittelten Massen das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu erleichtern. Wenn die Konsumvereine dank ihrer gesunden geschäftlichen Grundlage und ihrer bewährten inneren Organisation in der Lage sind, auch die rationierten Waren noch um etwas unter dem vorgeschriebenen Preise abzugeben, so sollten die Gemeinden sich dieser Tatsache, die der Masse der Gemeindeangehörigen Vorteile sichert, freuen, und nicht durch kurzfristige Maßnahmen die Arbeit der Vereine lähmen und hindern. Es ist nicht ihre Aufgabe, Mittelstandsretterei auf Kosten der Unbemittelten zu treiben. Solange nicht der Luckenwalder Fall noch eine Ausnahme zu bilden; es steht aber zu befürchten, daß das böse Beispiel Nachahmung finden werde. Deshalb sollte von verantwortlicher Stelle solchem Treiben sofort ein Riegel vorgeschoben werden.

Aus den Gemeinden

Berlin Neutölln. Eine Organisation zur Verteilung von Lebensmitteln. Der Regierung für die Lebensmittelverteilung der Stadt hier, hatte die Arbeiterausschüsse zu einer Aussprache in den Sitzungssaal des Rathhauses geladen. Der Vorsitzende unserer Filiale Groß-Berlin, Kollege Fritz Müntner, nahm an dieser Sitzung teil, desgleichen auch sämtliche Betriebsleiter der städtischen Werke. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, eine Kommission von 5 Personen aus den Arbeiterausschüssen der städtischen Betriebe zu wählen. Diese Kommission hat die Aufgabe, alle den Arbeitern zur Verteilung übergebenen oder angebotenen Lebensmittel durch Vermittlung der Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe in gerechter und zweckentsprechender Weise zu verteilen. Es sollen Lebensmittel nach Möglichkeit marktaufgekauft werden. Die hierzu nötigen Geldmittel hofft Herr Stadtrat hier von der Kriegsnachschubkommission bewilligt zu erhalten. Wir werden später, wenn sich die Tätigkeit dieser Kommission überblicken läßt, über die Wirksamkeit und den Wert dieser Einrichtung ausführlicher berichten.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Die Filiale Groß-Berlin hielt am Donnerstag, den 6. September, im Großen Saale des Gewerkschaftshauses eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, die einen zahlreichen Besuch aufwies. Zunächst hielt Gen. Marie Juchacz einen Vortrag über „Die Frau im Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“, der an anderer Stelle ausführlich gewürdigt wird. Dem Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion. Sodann berichtete Kollege Müntner über den Stand der Teuerungszulagen. An Bewegungen für die Erhöhung der Teuerungszulagen waren in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1917 — also in 8 Monaten — 34 zu verzeichnen. Dieselben erbrachten für 16 790 Beschäftigte pro Jahr eine Erhöhung von 7 478 000 Mark! Das sind pro Kopf und Jahr 440,68 Mark. Ein Beispiel, wie erfolgreich die Arbeit der Organisation in dieser Beziehung bisher gewesen ist, bietet die Lohngestaltung der Gasarbeiter, die wieder ab 1. Juli eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde und eine weitere Zulage von 5 Pf. pro Stunde ab 1. Oktober erhalten haben. Vor dem Kriege betrug der niedrigste Lohn des Gasarbeiters 1340 Mk., jetzt werden ihm an Teuerungszulagen 1432 Mk. gezahlt. Die Kanalisationsarbeiter haben eine erneute Zulage von 1 Mk. pro Tag erhalten. In Neutölln ist die Teuerungszulage verdoppelt worden. Trotzdem hier die niedrigsten Teuerungszulagen in Groß-Berlin gezahlt werden, erhält dennoch die angelernte ledige Arbeiterin 38,50 Mk. und die ungelernete verheiratete Arbeiterin 63,70 Mk. monatlich an Teuerungszulagen. In Charlottenburg, Schöneberg, auf dem Schlacht- und Viehhof und auch in den Krankenanstalten sind neue Bewegungen eingeleitet worden. Die Zulagen können natürlich trotz alledem bei dem jetzigen Stande der Warenpreise nicht als ausreichend angesehen werden, aber es ist mehr errungen worden als bisher in einer Reihe anderer Gewerkschaften möglich war. Wäre die Organisation in den verschiedenen Betrieben eine bessere, so hätte sicher noch mehr erreicht werden können, denn in einzelnen Betrieben mußten die Kollegen erst geradezu aufgepeitscht werden. Kollege Skodow stellt darauf namens der Revierinspektion den Antrag, auch die Teuerungszulagen der Angestellten des Ortsbüros um 25 Mk. pro Monat zu erhöhen. Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Darauf teilt Kollege Müntner mit, daß ein Antrag der Ortsverwaltung vorliegt, die Sitzungsgelder für die Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes und für die Ortsverwaltung um 50 Proz. und die Sitzungsgelder für die erweiterte Verwaltung von 75 Pf. auf 1 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen. Da sich die Gewerkschaftskommission bereit erklärt hat, für die in Groß-Berlin beabsichtigten Kontrollen der Kohlenvorräte in den Haushaltungen und Betrieben Revisoren zu stellen und zu dem Zweck von unserem Verbande 15 Revisoren anfordern, so ersucht Kollege Müntner um geeignete Vorschläge. Diesen Revisoren wird jedenfalls auch die Kontrolle der Ausgabe der Protokollkarten in den Betrieben zufallen. Ueber die Art ihrer Tätigkeiten und die Entschädigung für den Zeitaufwand wird den Betroffenen später das Nötige mitgeteilt werden. Die Versammlung bestimmt darauf die gewünschte Anzahl von Mitgliedern für die Kohlenrevision.

Berlin-Neutölln. (Erhöhung der Teuerungszulagen.) Am 9. Mai dieses Jahres hatten die städtischen Arbeiter beantragt, daß die Teuerungszulagen eine entsprechende Erhöhung erfahren sollten. Der Magistrat lehnte diese Erhöhung aus „grundlegenden Bedenken“ ab. Er bewilligte jedoch eine Erhöhung der „Konjunkturzulagen“, und zwar für gelernte Arbeiter (Handwerker) und angelernte Arbeiter in maschinellen Betrieben von 75 Pf. auf 1,75 Mk., für gelernte Arbeiter in nichtmaschinellen Betrieben und für die Feuerhausarbeiter des Gaswerks von 75 Pf. auf 1,25 Mk. und endlich für alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen von 75 Pf. auf 1 Mk. pro Tag. Gegen diese vollkommen ungenügende Berücksichtigung der Arbeiterforderungen legten die Arbeiter Protest ein und ersuchten um neue Verhandlungen. Diese Verhandlungen fanden am 21. Juni unter Vorsitz des Oberbürgermeisters statt. Als Ergebnis konnten wir verzeichnen, daß die Konjunkturzulagen nochmals erhöht wurden und zwar für die Gruppe I um 15 Pf. und für die Gruppen II und III um 25 Pf. pro Tag. Jetzt haben nun erfreulicherweise der Magistrat wie auch die Kriegsnachschubkommission ihre „grundlegenden Bedenken“ gegen die Erhöhung der Teuerungszulagen fallen gelassen und beschlossen, die Höhe der Teuerungszulagen zu verdoppeln. Was ganz besonders erfreulich anerkannt werden soll, ist, daß diese erhöhte Teuerungszulage ab 1. Juli nachgezahlt wird. (Die Auszahlung ist inzwischen bereits erfolgt.) Die gesamte Zulage, die die städtischen Arbeiter Neutölln zu ihren Friedenslöhnen nunmehr beziehen, ergibt folgende Taaesätze. Es erhalten 1. Handwerker in maschinellen Betrieben 1,90 Mk., 2. Handwerker in anderen Betrieben und Feuerhausarbeiter des Gaswerks 1,50 Mk., 3. alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 1,25 Mk. pro Tag an Konjunkturzulage! Hierzu kommen an Teuerungszulage: 1. für Ledige 1,00 Mk., 2. für Verheiratete 1,20 Mk. und 3. für jedes Kind 0,40 Mk. pro Tag. Bemerkenswert sei, daß die Beamten der Stadt nur die Teuerungszulage, nicht aber die Konjunkturzulage erhalten.

Dielefeld. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung unseres Verbandes tagte am 31. August in der „Eisenhütte“. Die neue Regelung der Feuerungszulage hat allgemeine Erbitterung hervorgerufen. Die knappen Brotkrumen sind ebenfalls nicht geeignet, die Arbeiter zufriedener zu machen. Von dem größten Teil der Arbeiter wird verlangt, an Sonntagen zu arbeiten. Das kann aber auch eine größere Brotkrume notwendig ist, sollte man auf dem Rathaus auch begreifen. Kollege Meißner-Dannover führte aus, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen zu bescheiden waren. Gefordert war eine Erhöhung der Löhne um 50 Pf. pro Tag. Eine in Anbetracht der jetzigen gewaltigen Feuerung mehr wie feschiedene Forderung. Aber selbst diese bescheidene Forderung war anstößend den Herren vom Magistrat und Stadtverordnetenkollegium noch zu hoch. Feuerungszulagen und kleine Lohnzulagen wurden bewilligt. Sind schon die vierzehntägigen Lohnzahlungen bei den niedrigen Arbeiterlöhnen schädlich, um so schädlicher sind die monatlich gewährten Feuerungszulagen. Wenn sich den Arbeitern einmal ein günstiger Kauf bietet, kann nichts gekauft werden wegen Mangels an Geld. Die jetzt bewilligten Zulagen täuschen der Öffentlichkeit auch nur vor, als ob erhebliche Zulagen bewilligt worden sind. In Wirklichkeit beträgt die jetzige Feuerungszulage kaum 50 Pf. pro Tag. Es wurden bewilligt bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 1200 Mk. 25 Proz., von 1201 bis 2000 Mk. 20 Proz. und von 2001 bis 2800 Mk. 15 Proz. Feuerungszulage. Dafür kommen aber von der bisherigen Lohnzulage 12 Mk. pro Monat in Wegfall. Die ganze jetzt bewilligte Zulage beträgt daher 10 bis 13 Mk. pro Monat. Die Kinderzulagen kommen für die große Mehrzahl der Arbeiter nicht in Betracht. Die Ausgaben dafür sind sehr minimale. Alle Lebensmittel und Bedarfsartikel sind um mehrere hundert Prozent im Preise gestiegen, die Löhne der städtischen Arbeiter sind aber nur um 22 bis 33 Proz. gestiegen. Nur einzelne Arbeiter haben durch die Kinderzulagen einen etwas höheren Prozentsatz erhalten. Ein Vergleich der gesteigerten Löhne mit der verteuerten Lebenshaltung zeigt zur Genüge, daß die Arbeiter mit dem bisher Gewährten nicht zufrieden sein können. Einstimmig wurde daher beschlossen, erneut in eine Lohnbewegung einzutreten.

Brunsbüttel. Am 2. September fand eine stark besuchte Versammlung der Kanalmitarbeiter statt. Kol. Vogt referierte über: „Was haben die Kanalmitarbeiter von der Organisation zu erwarten?“ In seinen Ausführungen wies der Referent auf die Erfolge hin, die die Kanalmitarbeiter die jetzt durch die Organisation erlangt haben. Dies war nur möglich, weil die Kollegen in Hollenau sich samt und sonders der Organisation angeschlossen. Wäre aber ein gemeinsames Arbeiter mit allen Kanalmitarbeitern möglich gewesen, so wäre auch der Erfolg größer gewesen. Die Brunsbütteler dürften sich nun unter keinen Umständen mehr der Organisation verziehen. — In der Diskussion wurde ebenfalls von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß es jetzt endlich an der Zeit sei, sich dem Verbands der Staatsarbeiter anzuschließen. Die Versammlung nahm einen guten Verlauf. Aufgenommen wurden 40 Mitglieder. Dann fand noch eine Ergänzung des Vorstandes statt.

Elbing. Wie in den meisten deutschen Städten sind auch in Elbing von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Feuerungszulagen bewilligt. Nur ausbezahlt wurden diese Zulagen im Gesamtwert nicht! Als Ersatz dafür wurden von Seiten des Gasdirektors den einzelnen Arbeitern einige Pfennige Lohnzulagen gegeben, doch machten diese Lohnzulagen nicht die bewilligte Feuerungszulage aus. Ueber ein Jahr lang konnte dieser Zustand bestehen. Es ist natürlich nicht nur Schuld der Gasamtsdirektion, sondern auch die betreffenden Arbeiter sind mitschuldig, daß sie sich diese Zustände gefallen lassen, anstatt zu fordern, was ihnen zustand. Nachdem sich die Kollegen in mehreren Zusammenkünften mit diesen Zuständen beschäftigt hatten, nachdem auch in der Stadtverordnetenversammlung diese Zustände ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wurden, erhielten einige Arbeiter die volle Kriegszulage nachgezahlt, ein Teil der Arbeiter bekam noch immer nichts und einige, deren Stundenlohn jetzt 36 Pf. beträgt, sollten überhaupt nichts erhalten. Demen wurde erklärt, der Stundenlohn beträgt in Wirklichkeit 30 Pf., 6 Pf. sind also Kriegszulage. Da für diese Arbeiter aber die vorher bewilligten 25 Pf. tägliche Kriegszulage nicht in Betracht kommen sollten, sondern nur die zuletzt bewilligten 50 Pf. Zulage, so wäre es so gekommen, daß der betreffende Arbeiter noch Geld hätte mitbringen müssen. Unser Gauleiter Seiberg wurde nun am 8. August gemeinsam mit dem Stadt-, Stadt- und Oberbürgermeister Dr. Rerten vorstellig, um endlich Klarheit zu schaffen, wie nun die Sache geregelt werden soll. Mit der Organisation und ihren Vertretern will der Oberbürgermeister Elbing eigentlich nichts zu tun haben, aber was nicht offiziell geschieht, kann doch „unoffiziell“ geschehen. Die Angelegenheit ist nun so geregelt, daß diejenigen Arbeiter, die bei Bewilligung der Kriegszulage beschäftigt waren, eine Abfindungssumme von 150 Mk. erhalten; die einzige Zeit nachdem in den städtischen Betrieb eintraten, erhalten 100 Mk. und die erst kürzere Zeit tätig sind, haben 50 Mk. erhalten. Ist diese Lösung auch keine ideale, so doch unter diesen Umständen die einzig mögliche und schnell zum Resultat führende. Inzwischen haben die städtischen Arbeiter sich selbst diese Zustände. Nur einige Kollegen waren organisiert. Sie konnten nicht genügend Einfluß ausüben. Jetzt, nachdem die Organisation etwas fester geworden ist, und wenn die Mitglieder der

Organisation sich den Weiterausbau der Filiale angelegen sein lassen, werden sich solche eigenmächtige Handlungen einzelner Betriebsvorstände nicht mehr breit machen können. Wenn es gelang, den betreffenden Arbeitern die solange vorenthaltene Kriegszulage noch zum Teil wenigstens zu verschaffen, so ist das nur der Organisation zu verdanken.

Essen. Erhöhung des Lohns und der Feuerungszulage. Eine stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter nahm Stellung zu dem Resultat unserer Eingabe. Am 7. August wurde der Stadtverwaltung eine Eingabe um Erhöhung der Löhne um 1 Mk. pro Tag und Einführung der achtstägigen Lohnzahlung unterbreitet. Ferner wurde für die Laternenanzünder für Streichen der Laternenpfähle pro Stück 15 Pf. gefordert. Nach dem Bericht hat die Stadtverwaltung die Löhne um 20 Proz. und die bestehende Feuerungszulage ebenfalls um 20 Proz. aufgebessert. Damit ist die Stadtverwaltung zum Teil über unseren Antrag hinausgegangen. Auch die Bezahlung für die Arbeit an den Laternenpfählen ist zugeeignet. In der Versammlung wurde noch so mancher Wunsch nach einer besseren Versorgung mit Lebensmitteln geltend gemacht. Der Stadtverordnete Gen. Obermeyer wies auf die Schwierigkeiten hin, die hietaus entstehen. Um aber in der Sache etwas zu schaffen, haben die Arbeiter selber in den Betrieben dafür eingetreten. Da erfreulicherweise die Filiale in letzter Zeit einen guten Fortschritt gemacht hat, werden wir auch die Wünsche der Arbeiter befriedigen können, wenn die Kollegen für weiteren Ausbau des Verbandes sorgen. Der Geist, der die Versammlung befeuerte, dürfte wohl die Gewähr bieten, daß es auch in Essen anfängt, Tag zu werden. Ueber die bestehenden Mißstände werden wir uns in aller nächster Zeit in Betriebsversammlungen unterhalten und für Abhilfe Sorge tragen.

Frankfurt a. M. Am 31. August fand die vom Verbands einberufene, sehr gut besuchte Versammlung statt. Der Referent, Kollege Uebe, gab zunächst bekannt, daß alle Fraktionen der Stadtverordneten, außer der der Fortschrittlichen und dem Magistrat (weil dieselben am letzten Male weder vertreten waren noch eine Antwort gegeben hatten) eingeladen wurden. Scharf kritisierte er die Löhnung und Behandlung der Arbeiter. Von dem Verbands ausgegebenen Fragebogen sind bis jetzt von 2000 Stück 600 abgegeben. Diese zeigen ein Bild der traurigen und schlechten Verhältnisse der Arbeiter. Man sollte es für unmöglich halten, daß bei dieser teuren Zeit noch Frauen (deren Männer schon seit Anfang im Krieg stehen und zum Teil gefallen sind) einen Lohn von 13,41 Mk. bei siebenstündiger Arbeitszeit erhalten. Die Frauen, welche als Putzfrauen am Rathaus beschäftigt sind, waren auf dem Verbandsbureau, klagten ihre Verhältnisse und ließen sich in den Verband aufnehmen. Als das der Verwalter hörte, drohte er ihnen: „Wenn Sie nicht austreten, werden Sie entlassen!“ Ferner versprach er, wenn die Frauen aus der Organisation austreten, ihnen die bis jetzt noch nie erhaltene Feuerungszulage zu gewähren. Es fragt sich nur, ob der sich so überhebende Herr sein Versprechen einlösen kann. Der Verband ist schon mit größeren fertig geworden, als einem Verwalter vom Rathaus. Aber wer gibt denn von den Steuergrößen der Einwohner Frankfurts bezahlten Beamten das Recht, sich so aufzuspielen. Von der letzten bewilligten Feuerungszulage erhielt nur ein geringer Teil über eine Mark. Die Verbeirateten ohne Kinder und Ledigen überhaupt nichts. Dabei bezahlt man noch Löhne von 21 Mk. pro Woche. Das ist kein Einschränkung, sondern Hungern. Jetzt wird das Dreifache vom Arbeiter verlangt, aber die Entlohnung und Behandlung ist die denkbar niedrigste. Es ist, wenn man die Fragebogen betrachtet, freilich nicht zu verwundern. Ueber die Hälfte ist nicht organisiert. Solange die Arbeiter nicht wissen, wo sie hingehören, kann man so mit ihnen verfahren. Ohne starke Organisation keinen Erfolg. Nachdem noch in der Diskussion scharf mit der Entlohnung ins Gericht gegangen, wurde folgende von den vereinigten Arbeiterausschüssen und dem Verbands ausgearbeitete Entscheidung einstimmig angenommen: Die am 31. August 1917 im Gewerkschaftshaus sehr zahlreich versammelten, in den städtischen Betrieben der Stadt Frankfurt a. M. beschäftigten Handwerker, Arbeiter, Arbeiterinnen und Bediensteten erklären einmütig, daß die nach der allgemeinen und der Sonderlohnstafel 2 gegenwärtig gezahlten Löhne nicht mehr den heutigen Lebensverhältnissen entsprechen. Durch das fortgesetzte Steigen der Lebensmittelpreise, sowie der Preise für die sonstigen Bedarfsartikel des täglichen Lebens, sind die Versammelten gezwungen, an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung folgende Anträge zu stellen: 1. Die allgemeine Lohnstafel und die Sonderlohnstafel 2 werden in zwei Lohnklassen eingeteilt, und zwar in eine 1. und 2. Lohnklasse. 2. In den zwei Lohnklassen der allgemeinen Lohnstafel soll kein Unterschied gemacht werden zwischen Ledigen und Verbeirateten mit und ohne Kind. 3. Der Pöckelohn soll in beiden Lohnstufen nach zehn Jahren erreicht werden. 4. Der Grundlohn für die allgemeine Lohnstafel wird, nach den Sätzen der zurzeit geltenden Klassen 1 und 5 der allgemeinen Lohnstafel, um 40 Proz. erhöht. 5. Der Grundlohn der Sonderlohnstafel 2 soll nach den jetzigen Sätzen der Klassen 3 und 4 um 40 Proz. erhöht werden. 6. Der Mietzuschuß soll an alle mit eigener Wohnung gezahlt werden und sich je nach der Zahl der Kinder steigern. 7. Ueber bei der Stadt beschäftigte Handwerker und Arbeiter sowie jede Arbeiterin und Bedienstete soll nach einem Jahr ständig werden. 8. Die Ar-

beitszeit soll für alle städtischen Betriebe nicht über neun Stunden betragen. Wo die Arbeitszeit bereits weniger beträgt, soll daran nichts geändert werden. 9. Der jährlich gewährte und bezahlte Erholungsurlaub soll betragen nach einem Jahr 4 Tage, nach fünf Jahren 8 Tage, nach zehn Jahren 12 Tage. 10. Die gestellten Anträge sollen am 1. Oktober 1917 in Kraft treten. 11. Die letztmalig gezahlte einmalige Feuerungszulage soll auch an die Ledigen in Höhe von 50 M., an die Verheirateten ohne Kinder in Höhe von 80 M. nachträglich gezahlt werden. — Zur Beratung und Begründung der gestellten Anträge wird beantragt, eine Sitzung der vereinigten Arbeiterausschüsse einzuberufen und dazu den Vorsitz der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände, als den Vertreter der Berufsorganisation der Versammelten, hinzuzuziehen. Die Versammelten erwarten auf das Bestimmteste, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung den berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter und Bediensteten Beachtung schenken und demgemäß beschließen werden. Die Gauleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wird beauftragt, diese Entschließung dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu übermitteln.

Hannover. Eine gutbesuchte Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am 4. September im Gewerkschaftshaus. Kollege Reiner führte aus, daß die städtischen Arbeiter von der letzten Lohnzulage wenig befriedigt sein können. Gefordert wurde eine Lohnhöhung von 1 M. pro Tag. Bewilligt wurde aber nur eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag. Die während des Krieges bewilligten Feuerungszulagen in Verbindung mit der letzten Lohnzulage haben die Löhne der städtischen Arbeiter um 22 bis 40 Proz. erhöht. Durch die Lohnerhöhungen tritt bei einzelnen Arbeitern eine weitere geringe Erhöhung ein, die aber nirgends 50 Proz. überschreiten dürfte. Dagegen ist die Lebenshaltung um mehrere hundert Prozent wertvoller. Die Löhne der städtischen Arbeiter waren vor dem Kriege so niedrig, daß selbst bei einer Verdoppelung der Löhne die Arbeiter noch knapp gestützt sind. In der privaten Industrie betragen die Löhne mindestens das Doppelte. Die allgütige Beschaffenheit hat die Arbeiter bisher von weitgehenden Forderungen abgehalten. Diese Beschaffenheit war hier aber nicht gut angebracht. Die entsetzliche Not, unter der die städtischen Arbeiter zu leiden haben, erfordert gebieterisch eine den jetzigen Verhältnissen angepaßte Lohnhöhung. — Die Diskussion war sehr reger. Es wurde einstimmig beschlossen, der Stadtverwaltung nachstehende Forderungen zu unterbreiten. Erhöhung des Lohnes um 90 Pf. pro Stunde, Bezahlung der in die Woche fallenden geschlossenen Feiertage. Mit Rücksicht auf die große Zahl der in den städtischen Betrieben beschäftigten Frauen, Freigabe des Sonnabendnachmittags ohne Lohnföhrung. Eine erhebliche Anzahl von Neuaufnahmen für den Verband beweist, daß die Arbeiter willens sind, mit allem Nachdruck für ihre Forderungen einzutreten.

Hamburg. Unsere jüngst gegründete Filiale hielt am 3. September im „Schönemann“ ihre erste Mitgliederversammlung ab. Es konnte die kritische Mitteilung den Anwesenden unterbreitet werden, daß die Mitgliederzahl schon auf 87 gestiegen ist. Zu der Versammlung waren auch die städtischen Arbeiter geladen. Sie waren der Einladung gefolgt und fanden sich auch mehrere bereit, unferer Organisation beizutreten. Der Gauleiter behandelte die Frage, wie notwendig es sei, daß alle Arbeiter ohne Ausnahme der Organisation beitreten. Der Erfolg blieb nicht aus, eine größere Zahl Kollegen und Kolleginnen fanden sich auch zur Aufnahme bereit. Der Vorstand wurde hierauf gewählt und setzt sich nun aus folgenden Mitgliedern zusammen: 1. Vorsitzender: G. Paulsen, 2. Vorsitzender: B. B. Kaffier, 3. Vorsitzender: G. Schöler, 4. Vorsitzender: Sieders. Die Versammlung nahm einen sehr guten Verlauf und jeder gab die Zusicherung, nicht zu ruhen, bis alle Kollegen organisiert sind.

Mün. Die in den Betrieben der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter hatten sich am 29. August im „Hohentwiel“ außerordentlich zahlreich zusammengefunden, um zu den derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Betriebe Stellung zu nehmen. Gauleiter Althaus-Stuttgart hatte das Referat übernommen. Er schilderte eingehend die Bemühungen der Verbandleitung und des Arbeiterausschusses zur Besehung der wirtschaftlichen Lage der Gemeindefürbeiter. In der anschließenden regen Diskussion schilderten verschiedene Redner die gegenwärtige Notlage der städtischen Arbeiter. Abseitig wurde betont, daß mit dem jetzigen Modus der Gewährung von Feuerungszulagen der übertragene Mehrzahl der Arbeiter wenig geholfen wäre. Es sei deshalb eine wesentliche allgemeine Erhöhung der Löhne zu beantragen und außerdem auch die Abschaffung der früheren Kürzung des Tagelohnes über die Wintermonate für die im Freien beschäftigten Arbeiter anzustreben. Nach der eingehenden Erörterung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die allgemeine Versammlung der Gemeindefürbeiter vom 29. August 1917 beschließt: Der Arbeiterausschuss und die Verbandsleitung werden beauftragt, ungesäumt eine Eingabe an die Gemeindefürbeiter einzubringen, durch welche um eine Lohnhöhung von 1 M. pro Tag bzw. Schicht für sämtliche Gemeindefürbeiter nachgesucht wird. Außerdem ist die seither übliche Kürzung des Tagelohnes über die Wintermonate zu beantragen. — Nachdem noch eine Reihe neuer Mitglieder in den Verband aufgenommen, erfolgte Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren. Die J. A. veröffentlicht eine Artikelreihe, in welcher namhafte Gewerkschaftsführer über den Stand ihrer Organisation berichten. Wir geben fortlaufend im Auszuge die bemerkenswerten Darlegungen wieder. Ueber den Metallarbeiterverband berichtet Jernide-Stuttgart u. a.: Die in Friedenszeiten die Krisen, so hat auch die zu Beginn des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit einen Mitgliederabgang gezeitigt und die Werbetätigkeit für den Verband völlig lahmgelegt. Allein im zweiten Halbjahr 1914 (Kriegszeit) ist die Mitgliederzahl des Verbandes um 200 074 zurückgegangen. Davon sind allerdings 185 268 zum Militär eingezogen. Es bleibt aber trotzdem ein Verlust von 23 810 Mitgliedern bestehen. Erst mit der Wiederbesetzung der Metallindustrie durch die großen Anforderungen an Heeresbedarf und die damit verbundene Befestigung der Arbeitslosigkeit fehlte die Werbetätigkeit des Verbandes mit Erfolg wieder ein. Von 331 001 Mitgliedern, die der Verband bei Ausbruch des Krieges hatte, sind bis zum 30. Juni 1917 301 891 Mitglieder zum Militär einberufen worden, ungedruckt die 27 578 Mitglieder, die bei Ausbruch des Krieges aktiv dienten. Während der Dauer des Krieges bis zum 30. Juni 1917 sind 356 756 Mitglieder neu aufgenommen und außerdem haben sich 87 775 Mitglieder, die vom Heeresdienst entlassen oder zurückgestellt worden sind, beim Verbande wieder angemeldet. Dem Verlust von 301 891 Mitgliedern durch Einberufung, der zu suchen ist, stehen an Neuaufnahmen und Zurückmeldungen vom Militär 444 530 Mitglieder gegenüber. Lohnbewegungen sind in den Jahren 1915 und 1916 geführt worden für 8677 Betriebe mit 1 467 067 beschäftigten Personen. An den Erfolgen der Bewegungen sind 832 433 Personen beteiligt. In Angriff- und Abwehrbewegungen wurde erreicht:

	Arbeitszeitverfürung		Lohnbewegungen			
	für Be- teiligte	Stunden pro Woche	für den einzelnen Stunden pro Woche	für Be- teiligte	pro Woche M.	für den einzelnen pro Woche M.
1915	1118	3 676	3,29	197 431	546 917	2,77
1916	4452	12 195	2,74	519 255	2 288 063	4,40

Außer diesen Bewegungen sind in vielen Fällen erst auf Anregung des Verbandes Feuerungszulagen, Tarifabschlüsse usw. durchgeführt worden. Mit dem 1. Juli 1917 ist die Krankenunterstützung in der vollen Höhe wieder eingeführt. An Unterstüpfungen aller Art sind in den drei Kriegsjahren 9 332 232 M. aus der Hauptkasse und rund 924 000 M. aus den Lokalkassen verausgabt worden. An die Familien der Kriegsteilnehmer werden Unterstüpfungen aus einem eigens zu diesem Zweck geschaffenen Fonds, der aus Zuweisungen aus den Lokalkassen und freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gespeist wird, gezahlt. Die aus diesem Fonds an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlten Unterstüpfungen betragen bis 1. April 1917 über drei Millionen Mark. Die Einnahmen des Verbandes beziffern sich im Jahre 1916 auf 10 884 296 M. und im Jahre 1916 auf 9 586 448 M. In beiden Kriegsjahren zusammen auf 20 470 744 M. Die aus dem Felde heimkehrenden Gewerksammitglieder finden ihren Verband finanziell gestärkt und an Mitgliedern gestärkt vor.

Ueber den Verband der Buchdrucker berichtet G. Döblin-Berlin: Beim Ausbruch des Krieges umfaßte der Verband 70 000 Mitglieder, von welchen bis zum 15. August 1914 zum Heeresdienst 11 519 einberufen waren, während nach der 13. Kriegskatastrofe vom 31. März 1917 die Zahl der Einberufenen auf 54 478 gestiegen war. Als dienstunbrauchbar bzw. beurlaubt kamen 6490 zurück, neue Mitglieder traten hinzu etwa 8000, so daß 28 527 Mitglieder verblieben. Ganz bedeutende Opfer wurden dem Verband auferlegt durch die bei Ausbruch des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit; das Verbandsvermögen ging von 11 327 330 M. auf 9 917 814 M. zurück, trotz Erhebung einer Extrasteuern von wöchentlich 50 Pf., außer dem Verbandsbeitrag von 1,20 M. Bis zum 31. März 1917 wurden für Unterstüpfungs-zwecke seit Beginn des Krieges 9 336 006 M. verausgabt, davon für Familienunterstüpfungen der Eingezogenen 2 081 386 M. Das Verbandsvermögen erreichte gleichwohl wieder die Höhe von 11 878 291 M. Hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß nicht nur alle aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder sofort ihrer Organisation sich wieder angeschlossen, sondern auch die früher dem Verbande nicht angehörenden Berufsangehörigen die Notwendigkeit enger Kameradschaftlichkeit im Kriege empfanden und der Organisation beitraten. Auch die im Buchdruckerberufe bestehende Tarifgemeinschaft hat sich während der Kriegsdauer bewährt. Wo die außergewöhnlichen Ereignisse schwierige und im Tarif nicht berücksichtigte Verhältnisse schufen, griffen die Tariforgane, namentlich das Tarifamt, vermittelnd ein oder erließen zweckentsprechende Anordnungen. Ferner war der Verband bemüht, um einen Ausgleich gegenüber der fortgesetzt sich steigenden Teuerung zu schaffen, entsprechende Teuerungszulagen zu den tariflichen Löhnen zu erzielen, wie er auch dahin zu wirken suchte, die Anerkennung höherer Grundpositionen des Tarifs noch während der jetzigen Tarifdauer bei den Unternehmern durchzusetzen.

Rundschau

Schutz für das „Neuland“ vor den Folgen der Wiefsteigerung.
 Während des Krieges hat der Wohnungsbau sich fortgesetzt ver-
 ringert, und gegenwärtig ruht er fast ganz. Die Verdrängung auch
 des dringenden Wohnungsbedarfes der heimkehrenden Arbeiter
 und sonstigen Wohnungskonsumenten muß also in absehbarer Zeit
 in großem Umfang auf „Neuland“ zurückzuführen, das gegenwärtig
 Ackerwert besitzt. Man nun vielleicht auch im Stadtbereich in ein-
 zelnen Fällen eine Wiefsteigerung nicht zu vermeiden sein, so muß
 doch verhindert werden, daß präventive Interessenten diese inner-
 halb der Großstadt eintretenden Verhältnisse auf Neuforderungen
 vor der Stadt übertragen, deren Bewohner ohnehin vermehrte Ver-
 kehrsansprüche zu tragen haben, zumal der Reichstag durch die er-
 hobte Verkehrssteuer diese Ausgaben an sich schon empfindlich er-
 höht hat. Zu fordern ist deshalb die amtliche Grundstücksbewertung
 und die sofortige Bereitstellung des Grundbesitzes des Staates, der
 Gemeinden und der Stiftungen für die neu erwachende Bautätig-
 keit, möglichst nicht zum Verkauf, sondern zur Vergebung im Erb-
 baurecht oder in Erbpacht, damit das Bauland nicht in Privatbesitz
 und damit in den Bereich der Spekulation gerät, sondern dauernd
 dem Zwecke einer preiswerten Behausung zu dienen vermag. Auf
 diese Weise mag es gelingen, im Sinne des Volkswohles gegen die
 Wadenkapitalen der Terranumnernehmer (die die eigentlichen Ur-
 heber der Bewegung für Mietpreissteigerungen sind, weil sie davon
 neue mühevolle Gewinne für ihre Spekulationsunternehmungen er-
 lösen) tatsächlich und erfolgreich vorzugehen und der großen Masse der
 Wohnungsmieter das „Neuland“ im Umkreise der Städte unver-
 leinert zu erhalten.

Wie man sich nicht versichern soll. Es ist ein besonderes Merk-
 mal der privaten Volksversicherung, daß die weitaus meisten Ver-
 sicherungnehmer ihre Versicherungen nur auf recht kurze Zeiten
 abschließen und die durchschnittlich beantragte Versicherungsdauer
 aller in Deutschland bestehenden Volksversicherungen kaum fünf-
 zehn Jahre beträgt. Wenn man gegen die private Volksversicherung
 den Vorwurf erhebt, daß sie für den Versicherten unwirtschaftlich
 und nichts als eine recht teure Zwangsmaßnahme ist, weil er meistens
 mehr an Prämien zu entrichten habe, als er im Versicherungsfall
 von der Gesellschaft ausgezahlt bekomme, so sind diese kurzen
 Zeiten in erster Linie darauf zurückzuführen. Denn da naturgemäß während
 einer längeren Versicherungsperiode viel weniger Versicherte sterben
 als während einer längeren, erleben die meisten den Endtermin der
 Versicherung, und die Tatsache, daß aus den Prämien dieser Per-
 sonen die Versicherungssummen frühzeitig verfallend gedeckt
 werden müssen und die Prämien infolge der beträchtlichen Ver-
 waltungskosten der Gesellschaften an sich schon recht hoch sind, hat
 zur Folge, daß die Summe der eingezahlten Prämien die Verfalls-
 summe beim Absterben beim Absterbe der Versicherung erheblich übersteigt.
 Obwohl also für den Versicherungsnehmer außerordentlich unvor-
 teilhaft, werden die kurzen Zeiten von den Privatgesellschaften und
 ihren Agenten doch lebhaft propagiert, einmal, weil sie den Gesell-
 schaften ganz besonders sichere Gewinnschancen bieten insofern, als
 ein tatsächliches Risiko für sie dadurch fast vollkommen ausbleibt,
 und zweitens, weil sie den Agenten höhere Provisionen einbringen.
 Der wichtigste Versicherungsnehmer wird aber bedenken, daß die
 vornehmste Aufgabe der Lebensversicherung die ist, beim Tode des
 Versicherten die Hinterbliebenen vor Not zu schützen, und wird der
 Fall beim Abschluß der Versicherung eine möglichst lang. Dauer
 wählen, jedenfalls eine solche, während der er die Prämien ohne
 Schwierigkeiten zahlen zu können glaubt. Auch wird er, wenn er
 seine Versicherung nicht als einen Luxus, sondern als eine ernste
 Pflicht seiner Familie gegenüber betrachtet, die Prämie niemals
 niedriger bemessen, als seine wirtschaftliche Lage ihm unbedingt ge-
 bietet. Allerdings soll sich auch niemand über seine finanzielle
 Leistungsfähigkeit versichern, damit er nicht Gefahr läuft, durch eine
 vorzeitige Aufgabe seiner Versicherung (Verfall, Umwandlung, Rück-
 lauf) einen empfindlichen, aber unvermeidlichen Schaden zu er-
 leiden.

Eine Blüte des Obbauers. Auf dem bei Mühlhausen i. Th.
 gelegenen, der Stadt gehörigen Gute Sambach erzielte der Pächter
 für den diesjährigen Ertrag von einem Esfurter Vieter 500
 Reich von 10 000 Mk., wovon für den Auktionator 500 Mk. abfielen.
 Im Vorjahr erbrachte die gleiche Obanlage nur 460 Mk! Der
 Pächter zahlt an die Stadt Mühlhausen für das gesamte Gut von
 500 Reich jährlich 9000 Mk. an Pacht; er hat also allein aus dem
 Objt rund 1000 Mk. mehr herausgeschlagen.

Des deutschen Michels Kartoffeln! In den Schwarzwalde-
 ergählungen des Dichters Hans Jakob findet sich das unten
 folgende Mariottend, das aber schon aus dem Jahre 1812 stammt.
 Der Dichter macht dazu folgende bemerkenswerte Anmerkung:
 „Des Mich, das ich, der Sekretär der Gesellschaft, nach in meine
 Anwesenheit in älteren Zeiten hörte, war in den Jahren, da
 Napoleons Haß auf Deutschlands Bödern lagerte, in Süddeutsch-
 land die Markthandlung des deutschen Michels und bedeutete seine
 Ackerbauweise; besser als alles andere. Und so lange der gleiche
 Michel Kartoffeln hat, wird er zufrieden und der getreue Diener“

seiner Derrn kein, die ihm solche gern überlassen, während sie
 selbst nach Besseren verlangen. Solange sie noch auch nur Kar-
 toffeln zu essen und Kufel zu trinken haben, werden die braven
 Deutschen doch rufen, sich die Haut in den Kopf ziehen lassen und
 ihren letzten Pfennig opfern für Auit und Vaterland. Drum lasse
 man an unseren Säulen das Kartoffel-Lied wieder klingen: es wertet
 beruhigender und darum segensbringender, als der Sang von der
 Wacht am Rhein und argert die Franzosen weniger.“

Herbel, herbel zu meinem Sang,
 Hans, Jörgel, Michel Stoffel,
 Und singt mit mir das Ehrenlied
 Dem Zister der Kartoffel.

Kranz Drake hieß der brave Mann,
 Der vor zweihundert Jahren
 Von England nach Amerika
 Als Kapitän gefahren.

Und der, als er zurückkam
 Von seinen weltlichen Reisen,
 Die guten Finger mitgebracht,
 Die wir Kartoffeln heißen.

Gott hat sie, wie das liebe Brot,
 Zur Nahrung uns gegeben;
 Vier Millionen Menschen sind's,
 Die von Kartoffeln leben.

Von Basel bis nach Amsterdam,
 Von Stockholm bis nach Brüssel,
 Kommt Winters nach der Abend
 Supp'

Nach die Kartoffelschüssel.

Dank, edler Drake, habe Dank
 Für deine rare Speise!
 Sie nährt, sie labt, sie nützet und
 Auf hundertfache Weise.

Nach dieser vielen Arien und
 Nur einige ermessen:

Erbsäpfelkorn und Reisich dazu,
 Das ist ein köstlich Essen.

Grundbirnen, frisch vom Sub hinweg,
 Dazu ein Walchen Butter,
 Das ist — nicht wahr, ihr Rimml
 mit einy —
 Ein delikates Futter.

Salat davon, gut angemacht,
 Mit Feldsalat durchschossen,
 Der wird mit größtem Appetit
 Von jedermann genossen.

Gebragt schmecken sie auch gut,
 In saurer Krut' nicht minder;
 Erdäpfelmodel essen gern
 Die Eltern und die Kinder.

Erdäpfelbrot, Erdbirnen Reis,
 Auch Puder und Pomade
 Sind, nebst Erdäpfelbranntwein,
 Kartoffelzabrilace.

Hat jemand sich die Haut verbrannt,
 Und hilft kein Feuerlegen,
 So darf er auf die Wunde nur
 Kartoffelschabk' legen

Und welche Wundtät sind sie uns,
 Damit das Reich zu maffen;
 Und wieviel Sorten gib't's! — Jedoch
 Die guten sind die besten.

Totenliste des Verbandes.

- Willy. Backmann, Chemnitz**
 Strakenarbeiter
 † 29. 6. 1917, 66 Jahre alt.
- Kevin Gode, Braunschweig**
 Reichswehr
 † 21. 7. 1917, 49 Jahre alt.
- F. Ehrenpreis, Menkahl a. H.**
 Bureaudiener
 † 27. 8. 1917, 69 Jahre alt.
- Karl Große, Sangerhausen**
 Invalide
 † 24. 8. 1917, 67 Jahre alt.
- Ferdinand Lem, Lichtenberg**
 Arbeiter
 † 5. 9. 1917, 49 Jahre alt.
- H. G. Herbel, Chemnitz**
 Arbeiter
 † 26. 7. 1917, 39 Jahre alt.

- Oskar Neubert, Chemnitz**
 Arbeiter
 † 24. 8. 1917, 54 Jahre alt.
- W. Vogriske, Breslau**
 Arbeiter
 † 1. 9. 1917, 58 Jahre alt.
- Lambert Kapp, Karlsruhe**
 Arbeiter
 † 29. 8. 1917, 50 Jahre alt.
- J. Reinhardt, Chemnitz**
 Invalide
 † 6. 8. 1917, 70 Jahre alt.
- E. Beyhle, Stralsburg i. E.**
 Strakenreiniger
 † 1. 9. 1917, 54 Jahre alt.
- Waldenmaier, Schw.-Gmünd**
 Gärtner
 † 29. 8. 1917, 67 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

- F. E. Bernhardt, Leipzig**
 am 28. August 1917 im Alter
 von 29 Jahren gefallen.
- Eberhardt Seyerlein, Hof**
 im Alter von 28 Jahren
 gefallen.
- V. Marsch, Königsberg i. Pr.**
 am 22. Juli 1917 im Alter
 von 39 Jahren gefallen.

- Helmuth Mau, Berlin**
 am 17. August 1917 im Alter
 von 34 Jahren gefallen.
- Gustav Opitz, Berlin**
 am 22. August 1917 im Alter
 von 33 Jahren gefallen.
- Paul Schulze, Berlin**
 am 26. August 1917 im Alter
 von 36 Jahren gefallen.

Chre ihrem Andenken!